

Hamburger Echo

Preis 15 A
mit „Post und Zeit“

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Nummer 296

Samstag, 26. Oktober 1930

56. Jahrgang

Neue furchtbare Grubenkatastrophe!

Schlagwetterexplosion im Saarrevier - Bisher 19 Tote, 20 Verletzte geborgen Noch 90 Bergleute im Schacht!

Entsetzliche Kunde!

In dem Augenblick, wo ganz Deutschland und das Ausland voller Trauer und erschüttert an den Massengräbern der Opfer der Bergwerkskatastrophe von Alsdorf stehen, heft die Kunde von einem neuen gräßlichen Bergbau-unglück von Ort zu Ort. Lähmendes Entsetzen verbreitet sich überall.

Mitten in ihrem schweren, gefährlichen Schichtwerk, tief, Hunderte von Meter tief unter Tage, sind abermals eine große Anzahl von Bergknappen von dem furchtbaren, stets gefährlichen Schlagwetter überrascht und vermutlich alle ihres Lebens beraubt worden.

In diesem Augenblick erhebt sich erneut und mit unabwiesbarer Gewalt der Schrei nach einer gründlichen Überprüfung der Arbeitsmethoden im Bergbau wie auch in den anderen Produktionszweigen. Es gilt Einheit zu gebieten den mörderischen Arbeitsmethoden, die kaum noch Rücksicht nehmen auf Leben und Gesundheit der Arbeitenden, die nur auch erfüllt sind von dem Drange, aus den menschlichen Arbeitskräften wie aus den Maschinen herauszupressen, was herauszupressen geht. Einhalt zu gebieten in erster Linie mit der sich immer mehr ausmachenden Anpreisung zu noch größeren Leistungen, die leicht zur Außerachtlassung wichtiger Sicherheitsmaßnahmen führen. Die Abstellung dieser größten Missetände, die aus der Hast eine furchtbare Todesursache machen, ist die Forderung, die im Augenblick dieser neuen Katastrophe sich mit elementarem Wucht erhebt. Wenn der schwerfälligen Arbeiterschaft nicht viel von ihrem Lohn zum Leben übrig bleibt, dann müssen sie wenigstens das Vertrauen haben, daß sie dieses Leben nicht wegen mangelhaften Schutzes auszubuchen brauchen.

Die Unglücksgrube Maibach

Die sich wie die gesamten saarländischen Gruben seit Kriegsende in französischen Händen befindet, liegt, wie die meisten Gruben des Saarkohlensfeldes, fast verdeckt in einem dichten Waldhügel. Die Fördertürme und Schornsteine, auch einige Halben, ragen vereinzelt aus waldgedeckten Waldkomplexen hervor. So liegt die Grube Maibach im Verein mit andern oberhalb von den Hauptindustriezentren, an einer kleinen, aber wichtigen Nebenbahnstrecke, der Friedrichthal und Sulzbach, die an der Hauptbahnstrecke, an der Hauptverkehrsader, die das Saargebiet mit Bingenbrück am Rhein verbindet. Wie die Schreckensgrube Anna I bei Alsdorf, so liegt auch Maibach angeschlossen an weitervermeigte unterirdische Bergbauanlagen, so daß man daraus schließen kann, daß es noch gelangen wird, an den Unglücksberg heranzukommen und etwa einige hundert Bergarbeiter zu befreien und zu retten.

Seit langen Jahren ist der Saarbergbau von größeren Katastrophen verortet geblieben, obwohl das Kohlenbecken ein Arbeitsfeld für etwa 70 000 Bergleute darstellt. Aber auch das geringste Unglück zieht gerade heute unter der saarländischen Bergarbeiterschaft schweren wirtschaftlichen Schaden mit sich, da die Bergarbeiterschaft seit der allgemeinen Einführung der Frankennahrung bei niedrigen, erbärmlichsten Löhnen ein kärgliches Leben fristen müssen.

W.B. Saarbrücken, 25. Oktober

Auf der bei Quier-Schied gelegenen Schachtanlage Maibach ereignete sich heute nachmittag, nach 15 30 Uhr, im Hauptquerschlag der vierten Tiefbaustöhle eine Schlagwetterexplosion. Bis kurz nach 21 Uhr abends waren 19 Tote und 20 Verletzte geborgen. Wie die Grubenverwaltung gegen 22 Uhr mitteilt, sind noch etwa 90 Bergleute unfertige. Die Bergverwaltung befürchtet, daß diese sämtlich tot sind.

W.B. Saarbrücken, 25. Oktober.

Auf dem weiten Grubengelände drängen sich Tausende von Angehörigen der verschütteten Bergleute. Nur mit Mühe können die Feuerwehren, Sanitätsmannschaften und Grubenbeamten den Ansturm von den Toren des Schachts abdrängen. Im Zeichen der Verzweiflung, um sich die Vertreter der Presse aufhalten und wo ab und zu eine knappe Mitteilung über die Lage ausgegeben wird, hat man riesige weiße Laken ausgebreitet, um die Toten aufzunehmen. Noch läßt sich das Unglück nicht im Entferntesten übersehen. Bis zur Stunde, 21.15 Uhr, sind 19 Tote geborgen und 20 Verletzte, darunter fünf Schwerverletzte, von denen einer gestorben sein soll. Wie viele Tote es sein werden, läßt sich noch nicht annähernd sagen. Bergleute, die die Verhältnisse kennen, bezweifeln, daß auch nur einer der Eingeschlossenen das Tageslicht wieder erblicken wird.

Ueber die Ursache der Katastrophe ist noch nichts festzustellen. Minister Morise und die gesamte Bergverwaltung sind eingeschoben. Nach den Erzählungen des Fahrleiters der betroffenen Ableitung 9 ist zu vermuten, daß eine Benzolohomote im Querbau der vierten Sohle

explodierte, was dann eine Explosion mit schlagenden Western zur Folge hatte.

Die Beilegung der Grubenopfer von Alsdorf

W.B. Alsdorf, 25. Oktober.

Auf dem neuen Gemeindefriedhof von Alsdorf wurden rund 140 Opfer der schweren Grubenkatastrophe bestattet. An den Gräbern spielten sich herzzerreißende Szenen ab. Die Zahl der an den Trauerfeierlichkeiten teilnehmenden Personen dürfte an 150 000 betragen haben. Erst gegen 14 Uhr war der offizielle Trauerakt beendet, und nur ganz allmählich entfernten sich die Angehörigen von der letzten Ruhestätte ihrer Toten.

Kommunistische Störungen

W.B. Alsdorf, 25. Oktober.

Am Vormittag hatte zu Ehren der Opfer des Grubenunglücks eine kurze Gemeinderatsitzung in Alsdorf stattgefunden. Während des Traueraktes auf dem Friedhof versuchte die „Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation“ (R.G.O.) eine Kundgebung zu veranstalten, indem mehrere hundert Mitglieder dieses Verbandes mit Fehnen und Kränzen die Straßen durchzogen. Einige Musikkapellen spielten kommunistische Lieder. Auf dem Marktplatz kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die damit endete, daß die Kommunisten ihre Kränze auf dem Marktplatz niederlegten und eine geordnete Kette bildeten. Schupo-Mannschaften standen dabei und sorgten für Ruhe und Ordnung. Die Kundgebungen dauern noch an.

Das englische Parlament vor dem Zusammentritt

Neue wichtige Vorlagen, darunter auch eine Wahlreform

SPD. London, 25. Oktober.

Am kommenden Dienstag beginnt nach dreimonatiger Sommerpause die neue Sitzungsperiode des englischen Parlaments. Wie üblich, wird die Tagung durch eine Thronrede eingeleitet werden, die die wichtigsten Regierungsvorlagen aufzählt.

In erster Stelle stehen wiederum die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise. Es folgen Anknüpfungen über die Agrarreform, die Kohlenarbeiten, die Kommunalisierung und Zusammenlegung der Londoner Verkehrsmittel und die neue Erhebung des schulpflichtigen Alters, ferner über die Schulreform und vor allem über die

Wiederherstellung der den Gewerkschaften im Jahre 1927 durch ein konservatives Ausnahmegesetz entzogenen Rechte und Freiheiten.

Damit wird die Regierung eine der dringendsten Forderungen des letzten Gewerkschaftskongresses und des Arbeiterparteitages er-

füllen und ihr in London gegebenes Versprechen einhalten. Wahrscheinlich wird die Regierung hierzu die Stimmen der Liberalen zuernennen, ist selbstverständlich, denn ohne eine Parlamentsmehrheit wäre der Wunsch der Gewerkschaften nicht durchzuführen. Als Kompromißlösung scheint den Liberalen eine

Reform des Wahlrechtes

zugestanden worden zu sein. Verschiedene Andeutungen lassen jedenfalls darauf schließen, daß die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Liberalen über eine solche Reform abgeschlossen sind. In der Thronrede soll für das englische Wahlrecht die Einführung der Stichwahl und eine entsprechende, dem Parlament vorzulegende Gesetzesvorlage angekündigt werden. Da aber die konservativen Mehrheit des Oberhauses gegen jede Wahlrechtsreform ist, und gegen den Willen des Oberhauses selbst eine im Unterhaus angenommene Vorlage nicht zum Gesetz erhoben werden kann, ist das Schicksal einer Wahlrechtsreform vorläufig noch sehr ungewiß.

Der neue Haushaltsplan

Die Reichsregierung hat am Freitag den Entwurf des Haushaltsplanes für 1931/32 verabschiedet. Er soll in Einnahmen und Ausgaben mit 10 1/2 Milliarden balancieren. Da der Reichshaushalt für das laufende Jahr 1930/31 die Höhe von rund 12 Milliarden erreichte wird, so würde das eine Senkung der Reichseinnahmen und Ausgaben um rund 1500 Millionen bedeuten.

Um die Richtigkeit dieser Angaben nachzuprüfen, muß man genauere Zahlen, als die bisher veröffentlichten, abwarten. Einsteilen haben wir den Eindruck, als ob die Rechnung der Regierung eine Fülle von sachlichen und politischen Fehlern enthält. Wir glauben infolgedessen nicht, daß die Angaben der Höhe des künftigen Haushaltsbedarfs richtig sind; wir sehen auch in den Vorschlägen der Regierung noch keine Sicherheit für die Ausbalancierung des Reichsetats.

Die sachlichen Fehler in der Rechnung der Regierung befinden sich sowohl in der Schätzung der Einnahmen als auch in der der Ausgaben. Bei den Einnahmen treten zu dem Ausfall durch Rückgänge der Steuererträge, der Verminderung der Vermögenssteuer, der Aufbringungsumlage, der Umsatzsteuer, der Kapitalertragssteuer und der Obligationensteuern noch andere Ausfälle hinzu. Sie werden in der Hauptsache hervorgerufen durch den Fortfall von einmaligen Einnahmen, die nur im Jahre 1930 erzielt, die für das Jahr 1931 aber nicht in Frage kommen. Das sind 175 Millionen, dazu treten 50 Millionen aus dem Fortfall von Reichsbahnvorzugsaktien, da nicht 150, sondern 200 Millionen in diesem Jahre aus dem Verkauf erlöst wurden. Die Aufhebung der Kapitalertragssteuer lieferte nicht 60, sondern 100 Millionen Kosten. Bereits auf der Einnahmeseite zeigt sich also eine Verschlechterung von 265 Millionen gegenüber den Annahmen der Regierung.

Ähnliche Rechenfehler scheinen sich auf der Ausgaben Seite zu befinden. Die Verminderung der Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung beträgt nicht 500, sondern 575 Millionen. Der Aufwand für die Krisenfürsorge ist angesichts der dauernd steigenden Zahlen von Krisenunterstützungsempfängern mit 420 Millionen wesentlich zu niedrig angesetzt. Vor allem aber sind die Kürzungen an den Ueberweisungen für Länder und Gemeinden kaum durchführbar, da sie bei den steigenden Wohlfahrtskosten der Gemeinden deren Finanzen vollkommen zerrütten würden. Finanzengpässe sind demgegenüber keine hinreichende Entlastung. Selbst die restlose Inanspruchnahme der Steuerquellen für die Gemeinden aus der Notverordnung könnte kein ausreichender Ersatz sein.

Neben diesem sachlichen Fehler ist die wichtige Tatsache zu vermerken, daß einsteilen die Regierung kaum für irgendeinen ihrer Vorschläge eine sichere Mehrheit hat. Wegen der Heraushebung der Freigrenze bei der Vermögenssteuer von 5000 A auf 20 000 A, gegen die Freilassung der Umlage unter 5000 A von der Umsatzsteuer wird man entscheidende Bedenken nicht geltend machen brauchen. Trotzdem bleibt die Frage, ob der jetzige Augenblick der Finanznot der richtige ist, um solche Steuerermäßigungen vorzunehmen, zumal die Ergebnisse an Verwaltungskosten sich erst in späteren Jahren auswirken können. Wesentlich stärker sind die Bedenken gegen die Verminderung der Aufbringungsumlage um 120 Millionen gegen den Fortfall der Kapitalertragssteuer und der Obligationensteuer, die in erster Linie den Großbesitz entlasten. Mit dem vor Monaten vorgebrachten Hinweis, daß man damit „die Kapitalbildung“ fördern müsse, wird man heute, da dem Reich das Wasser bis an den Hals steht, wirklich nicht kommen dürfen. Wollig ablebend

Todeskampf der Freiheit:

Das letzte Parlament

Von Pietro Nenni

Die sozialistische Partei hatte zu Ende des Jahres 1920 bei den Wahlen der Gemeinde- und Provinzialvertretungen einen weiteren Erfolg zu verzeichnen. In 2162 Gemeinden war die Verwaltung in die Hände der Sozialisten, der Arbeiter und Bauern gefallen, die bis vor kurzem vom politischen Leben ausgeschlossen waren und jetzt ihre ersten Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung machten und der Nation eine neue herrschende Klasse heranzubilden. Das mußte man verhindern. Durch Korruption, wenn das möglich war; durch die Gewalt, wenn die Korruption nicht hinlänglich sollte.

Am 15. Mai 1921 fanden unter der Ministerpräsidentenschaft Giolitti Neuwahlen statt. Die Auflösung der Kammer in der durch den Beginn der agrarischen und faschistischen Offensive geschaffenen Situation war ein Verbrechen. Der alte Staatsmann beschloß sie halbblütig, im Vertrauen auf eine Niederlage der Sozialisten und der Katholiken. Seine Rechnung schlug fehl, denn er hatte den Mut und die Hingabe der Arbeiter nicht richtig angefaßt und auch nicht mit den Ueberwachungen des Proporz gerechnet.

Die Wahlen von 1921 waren im wahrsten Wortsinne böllische Wahlen. Man hatte einen nationalen Block gebildet, der von Giolitti bis Mussolini reichte. Diesem Block gegenüber standen die Sozialisten und die Katholiken. Auch die letzteren unterstellten übrigens gewisse Beziehungen zur Reaktion. Auch die Republikaner, die Kommunisten (die haben eine eigene Partei gegründet hatten) und kleine oppositionelle Gruppen hatten in verschiedenen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt.

Noch nie hatte das Proletariat einen Wahlkampf mit

und war fest entschlossen, seinen Feinden den Weg zu versperren. Nichts sollte es hindern, „rot“ zu stimmen wie im Jahre 1919: weder die faschistische Gewalt noch die Korruption der Regierung; weder die Enttäuschungen der letzten zwei Jahre noch die Parteispaltung. Die Verteilung der derzeitigen Entbusasmus geführt. Es besaß eine klare Vorstellung der Gefahren, die ihm drohten, als seine Führer Wahlzettel erfolgte unter ungeheuren Schwierigkeiten. Manchem Kandidaten wurde es sogar unmöglich gemacht, sich seinen Wählern zu zeigen. Solange der Wahlkampf dauerte, folgte eine Gewalttat der anderen. Während die offiziellen Kommunisten die Tage als normal schilderten, wurde in Pisa der sozialistische Lehrer Cammeo in einer öffentlichen Schule vor den Augen seiner Schüler ermordet. In Livorno wurde die Arbeiterkammer verurteilt, in Bologna die Kooperativen geplündert. Aus Gurgines, Turin, Skillen kam die Kunde wilder Gewalttaten. Modigliani und seine Frau, die heute im Exil leben, Matteotti und seine alte Mutter wurden wiederholt überfallen. Vor den Toren von Padua wurde der Kandidat Salvato ermordet, bei Romio tötete man den Organisationsleiter Fossati durch Dolchschläge. In Apulien gab es neun, in Spezia sechs Tote.

Das alles vermochte nicht zu verhindern, daß das Wahlergebnis sich gegen die Gewaltpolitik aussprach. Die sozialistische Stimmeneindeutigkeit war gering. Die Partei konnte auf ihre 1 569 553 Stimmen stolz sein, zu denen billigerweise auch die 291 952 kommunistischen Stimmen zu zählen waren. „Das Proletariat hat die faschistische Reaktion unter seinen roten Stimmzetteln begraben“, schrieb der Avanti.

Die sozialistische Fraktion belief sich in der neuen Kammer auf hundertdreißigtausend; außerdem waren fünfzehn

Kommunisten gewählt. Der verruchte Anschlag Giolittis war also fehlgeschlagen. Aber das Parlament wies eine Neugier auf, die bei der Kopslosigkeit der herrschenden Klassen die allerhöchsten Folgen haben sollte: einige dreißig Faschisten, die in der Liste des nationalen Blocks gewählt worden waren, zogen in die neue Kammer ein. „Wir werden“, schrieb Mussolini, der diesmal in Mailand und Bologna gewählt worden war, „nicht eine Parlamentsfraktion sein, sondern ein Aktions- und Exekutionsploton.“

Diese erste faschistische Parlamentsfraktion hatte es ziemlich schwer, sich als Einheit zu behaupten. Sollte sie an der Einweihung der Kammer und an der Thronrede teilnehmen? Mussolini war gegen die Beteiligung und begründete dies damit, daß der Faschismus die herrschenden Institutionen nicht anerkenne. „Die Monarchie“, sagte er, „ist nur ein parasitärer Auswuchs ohne geschichtliche Lebensdauer und ohne Wurzel in der Volkseele.“ Seine Fraktionskollegen warfen ihm vor, seine republikanischen Ideen den Wählern nicht vorgetragen zu haben. Schließlich wurde es den Abgeordneten überlassen, der Einweihung beizuwohnen oder nicht.

Die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit erfolgte in einer gemütschwächeren Atmosphäre. Es lag auf der Hand, daß Giolitti, seiner freien Mehrheit beraubt, nicht mehr mit jener Geschicklichkeit zu regieren verstand, der er das ihm erneute Vertrauen dankte. Schwere soziale Probleme harrten der Lösung. Die Staatsbeamten forderten Verbesserung ihrer Gehälter. Viele Abgeordnete sahen voll Schrecken auf die Tage in den Provinzen, wo die Häufigkeit der faschistischen Verbrechen plötzliche Ausbrüche des Hasses und des Terrors heraufbeschworen konnte.

Die Diskussion über die Thronrede war geradezu dramatisch. Filippo Turati wandte sich mit Wucht gegen die Forderung der herrschenden Klassen und den Verfall der Regierung. Er definierte den Faschismus als eine blutige Konterrevolution gegen eine rein verbale Revolution. Seine Rede wurde sich an alle, die die Schwermertigkeiten des Nachkrieges klar erkannten und entschlossen waren, sie unter Achtung der Freiheit und der Demokratie zu befestigen. Mussolini hatte seinen Sitz auf der äußersten Bank der

Aus dem Inhalt

Politik und allgemeiner Teil:
Neue furchtbare Grubenkatastrophe.
Der neue Haushaltsplan.
Neues Landwirtschaftsprogramm der Regierung.
Adolf Hitler als Paneuropäer.
Korruptionssumpf in Faschismus.
Der Umsturz in Brasilien - Jagadampfer „Baden“ beschossen.

Tagesbericht:

Schwerer Schlag in der Bürgerwehr.
Das Ministerial mit Hindernissen.
Wie der Sechsstunden-Tag eingeführt wurde.
Die Heilstätte für Apeumkranken.

Zus aller Welt:

Die arbeitende Jugend:
Frauenräte:
Schachende:

äußersten Rechten gewählt. In seiner ersten Rede erklärte er sich als Anti-Giolittianer, Antiliberaler und Antisozialist. „Sie haben mich aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen wollen. Jetzt werden Sie gezwungen sein, mich anzubeden.“ Dann wurde er politisch. „Die Toten sind schwer zu tragen.“ Und schließlich stellte er als Frage dar, was in den Tatsachen längst entschieden war: „Wir sind bereit zum Frieden wie zum Kriege. Sie können wählen.“

In seiner Antwort war Giolitti kalt und farblos. Nicht die Spur von Bewegung in seinen Worten. Diesen achtzigjährigen Bürokraten schien die Tragödie seines Landes nicht einmal zu berühren. In schwächlicher Weise lebte er den Vorwurf der Mitschuld an Faschismus ab. Er wagte es sogar, sich als Arbeiterfreund aufzuspielen. Giolitti mußte zurücktreten. Mit ihm verschwand von der politischen Szene nicht nur ein Mann, sondern ein Regime. Von dem Tage an, wo der Staat einer Fraktion gefallen hatte, sich zum Bürgerkrieg zu bemänteln, war der Parlamentarismus tödlich verwundet. Sogar eine Koalition mit der sozialistischen Rechten wurde unmöglich. Für den parlamentarischen Staat begann damals der Todeskampf. (Fortsetzung folgt.)